



Tagungsbericht

Frieden-Konflikt-Wissenschaft.
Reflexionen zu Forschung
und Praxis.

50. Jahreskolloquium der AFK

12. - 14. April 2018, Berlin

Prof. Dr. Conrad Schetter

VTP 01/08-2018

Tagungsbericht zum 50. Jahreskolloquium der AFK „Frieden – Konflikt – Wissenschaft. Reflexionen zu Forschung und Praxis“

12.-14. April 2018 in Berlin

in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst

1. Problemstellung und Leitfragen des AFK-Kolloquiums 2018

Das 50. Jahreskolloquium der AFK widmete sich der Frage, wie Friedens- und Konfliktforschung wissenschaftlich zum Frieden beitragen kann – ein Anspruch, der im Forschungsfeld regelmäßig formuliert, aber selten hinterfragt, diskutiert und evaluiert wird. Die Tagung schließt an die Diskussion um den Stand der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung an. Gegenüber bisherigen Tagungen (etwa 2015: „Stell Dir vor, es ist Krieg...“) und Veröffentlichungen¹ stellte das Kolloquium systematische Verbindungen zwischen der universitären und außeruniversitären Forschung, der universitären Lehre und darüber hinaus der entwicklungs- und friedenspolitischen Bildungsarbeit und der politischen Praxis (Friedens-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik) her.

Die Leitfragen der Tagung lauteten:

- Die Disziplinen übergreifende Zusammenarbeit gilt als Kennzeichen der Friedens- und Konfliktforschung: Welche Herausforderungen gehen mit Inter-, Multi- und Transdisziplinarität einher?
- Welche Beiträge leistet die Friedens- und Konfliktforschung zum Verständnis aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen sowie darauf aufbauend zur politischen Entscheidungsfindung? Wie geht sie mit dem Risiko um, sich politisch instrumentalisieren zu lassen? Wie gestaltet sich ein fruchtbarer Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis sowie vice versa?
- Der inhaltliche, theoretische und methodologische Wandel der Friedens- und Konfliktforschung in den vergangenen 50 Jahren wird häufig als Wechsel der Generationen beschrieben. Wo sind sich Generationen und Communities innerhalb des Forschungsfelds einig? Wo besteht Dissens?

¹ Etwa Bös, Mathias, Schmitt, Lars/Zimmer, Kerstin (Hg.) 2015: Konflikte vermitteln? Lehren und Lernen in der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden; Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hg.) 2011: Handbuch Frieden, Wiesbaden; Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hg.) 2011: Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden; Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.) 2005: Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden.

- Die Friedens- und Konfliktforschung thematisiert in besonderer Weise die Rolle der Wissenschaft in gesellschaftlichen Konflikten, etwa von Seiten der Kritischen Friedensforschung, aus konstruktivistischer, feministischer und postkolonialer Perspektive: Was zeichnet diese Theorierichtungen aus? Was unterscheidet sie? Wo kommen sie zur Anwendung? Welche Ergebnisse liegen vor?
- Die Friedens- und Konfliktforschung betreibt Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – für wen und wofür soll sie Verantwortung (nicht) übernehmen?
- „Friedensforschung“ weckt vielfach Erwartungen hinsichtlich einer friedlichen Zukunftsgestaltung: Inwiefern und wie können wir diesen Erwartungen entsprechen? Wie „prognosefähig“ ist Friedens- und Konfliktforschung?

2. Zusammenfassung der Einzelbeiträge des Kolloquiums

Begrüßung und Eröffnung der Tagung

Das 50. Jahreskolloquium der AFK diene der kritischen Selbstreflexion der Friedens- und Konfliktforschung hinsichtlich ihrer Rolle bei der Analyse von Konflikten und der Eindämmung von Gewalt. Die 131 Teilnehmenden wurden vom AFK-Vorsitzenden Prof. Dr. Conrad Schetter und von Uwe Trittman, Studienleiter der Mitveranstalterin Evangelische Akademie Villigst, begrüßt. Beide betonten, dass ein Blick auf die letzten 50 Jahre – vom Prager Frühling und dem Attentat auf Rudi Dutschke in 1968 bis zu wachsenden deutschen Rüstungsexporten und rechten Bewegungen im Jahr 2018 – zeige, dass auch Forschung zu Konflikten „vor der eigenen Haustür“ nötig sei, obwohl sie sich oft auf „ferne“ Konflikte konzentriert. Hinsichtlich eines Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis sowie Beiträgen zur Lösung von aktuellen weltpolitischen Problemen sollte sich die Friedens- und Konfliktforschung jedoch nicht auf „Politikberatung“ für die Bundesregierung verengen, sondern auch die Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und die Medien als Adressatinnen im Blick haben. Trotz des Legitimationsdrucks in Zeiten der stetigen Drittmittelakquise müsse die Freiheit gegeben sein, wissenschaftlicher Neugier nachzugehen, Gedanken zu entfalten und sich zwischen Forschenden sowie mit Praxisakteuren auszutauschen. Genau dazu solle die 50. Jahrestagung Raum bieten.

Grußworte zum Jubiläum

In seinem Grußwort hob Prof. (i.R.) Dr. Herbert Wulf (Associate Researcher BICC/Senior Associate Fellow INEF) drei Aspekte und Streitpunkte aus der Geschichte der AFK hervor. Zunächst habe zum einen damals die Gewaltdebatte die Pazifist*innen von den Befürworter*innen militärischer Konfliktlösung getrennt und zum anderen die „gesellschaftspolitische Utopiebildung“ durch „Kritische“ Friedensforschung von den Internationalen Beziehungen, denen häufig ein (affirmatives) Kaltes-Kriegs-Denken nachgesagt

wurde, abgegrenzt. Zweitens seien die Regierung (Große Koalition 1966-1969) und Bundespräsident Gustav Heinemann Ende der 1960er „Geburtshelfer“ der Friedensforschung gewesen, weshalb sie von Anfang an stets im Spannungsfeld zwischen politischer Einflussnahme und Autonomie gestanden habe. In diesem Zusammenhang nannte Wulf schließlich die Kontroverse um den normativen Anspruch der Friedens- und Konfliktforschung, zwischen Wertebezug und Anwendungsorientierung sowie „Professionalisierung“ bzw. Entpolitisierung. In ihrem Grußwort überbrachte auch die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, ihre Glückwünsche zum Jubiläum. Angesichts von Rechtspopulismus und fortwährender Aufrüstung betonte sie die Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung, nicht nur Schritt mit aktuellen Entwicklungen zu halten, sondern auch selbst voranzugehen. Etwa hinsichtlich Maßnahmen gegen den Klimawandel und eines Endes der Abschottung Europas gegen Flüchtende solle sie durch konkrete Forderungen Druck auf die Politik machen – und dabei noch ungemütlicher sein, als in den letzten 50 Jahren.

Schließlich betonte Peter Gottwald, Botschafter a.D. und Vorstandsmitglied der Deutsche Stiftung Friedensforschung, dass die ausreichende Finanzierung von Forschung zentral für ihren Ausbau und ihre Möglichkeiten sei. Trotz der Einrichtung neuer DSF-Programmlinien, wie etwa zu „Neuen Technologien“, müsse die AFK also mit Blick auf die Politik der Bundesregierung aktiv für ihre Interessen werben.

Eröffnungspodium: Fremd- und Selbsterwartungen an die Friedens- und Konfliktforschung vor dem Hintergrund heutiger Konflikte und Herausforderungen

Unter der Moderation der AFK-Vorsitzenden Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion) und Prof. Dr. Bettina Engels (Freie Universität Berlin) begann der inhaltliche Austausch mit einer Diskussionsrunde zwischen Vertreter*innen aus Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft/Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Außenpolitik.

Der Journalist Jörg Armbruster, ehemaliger ARD-Korrespondent für den Mittleren und Nahen Osten, unterstrich, dass die oft abstrakten Darstellungen des wissenschaftlich „großen Ganzen“ mit der notwendigen Vereinfachung des Journalismus nur zu vereinbaren seien, wenn erstere schnell verständliche Analysen in einfacher Sprache leicht zugänglich gemacht würden.

Aus diplomatischer Sicht merkte Peter Gottwald an, dass die Forschung keinesfalls auf eine rein assistierende Funktion für andere gesellschaftliche Bereiche reduziert werden solle.

In Bezug auf Politikberatung konkretisierte dazu Selmin Çalışkan aus ihrer Erfahrung bei NGOs wie medica mondiale und als ehemalige Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, dass aus Bundesmitteln geförderte NGOs in Ausschüssen oft vor einer scharfen Kritik der Bundesregierung zurückschreckten. Sie kritisierte insbesondere den „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, in der sowohl die Freiheit von NGOs als auch Forschende stark beeinträchtigt seien. Aus den praktischen Initiativen und Kämpfen in anderen Ländern wie der Türkei und

Afghanistan könne auch die deutsche Gesellschaft lernen, unter anderem durch eine wissenschaftliche Analyse von best practices.

Die Relevanz einer „Friedensförderung im Inland“ und Erhaltung von Demokratie in Europa hob auch die Forscherin Dr. Martina Fischer hervor, die als Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei Brot für die Welt tätig ist. Aus ihrer Sicht auf die Schnittstelle zwischen NGO-Praxis und Wissenschaft sieht sie die Friedensforschung in ihren Anfangsjahren in den 1960ern/70ern als Scharnier zwischen Bewegung und Forschung, die ihre Beratung nicht nur auf politische Mandatsträger*innen konzentrierte. Auch heute müsse sie politischen Entscheidungsträger*innen noch die Relevanz von Forschungsergebnissen durch eine konkretere Ansprache verdeutlichen, ohne sich als bloße Serviceleistung zur pragmatischen politischen Problemlösung zu verstehen. Um dem zunehmend unkritischen und depolitisierenden „technokratischen tool-box-Denken“ sowohl in der Wissenschaft als auch im NGO-Sektor entgegen zu treten, müssten beide zusammenarbeiten, etwa durch konkrete Instrumente wie die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Abschlusspodium: Reflexion der heutigen Friedens- und Konfliktforschung vor dem Hintergrund ihrer Geschichte im deutschsprachigen Raum

Unter Moderation von Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber (Hochschule Rhein-Waal, Kleve) reflektierten die Podiumsteilnehmer*innen des Abschlusspodiums die heutige Friedens- und Konfliktforschung vor deren historischem Hintergrund. Die Diskussion war hierbei sowohl von der Interdisziplinarität der Friedens- und Konfliktforschung als auch von der verschiedenen Wahrnehmung von Generationsbrüchen geprägt. Die Historikerin PD Dr. Claudia Kemper (Justus-Liebig-Universität Gießen/Hamburger Institut für Sozialforschung) betonte die Relevanz eines gesellschaftshistorischen Blicks für die Friedens- und Konfliktforschung. Um in der Gegenwart agieren zu können, brauche es den Blick auf die Geschichte, zumal all das, was während des Kolloquiums zur Diskussion stand, eine Historizität, ein Geworden-Sein aufweise. Die Forschenden seien dabei ein Teil dieser Entwicklung. Es lohne sich somit auf institutionelle und geschichtswissenschaftliche Gedächtnisse, u.a. zur Analyse von Begriffen unter Einbezug eines historischen Blicks, zurückzugreifen, auch wenn die Forschung in diesem Bereich noch am Anfang stehe. Auch Ass.-Prof. Dr. Claudia Brunner (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Österreich) befasste sich im Anschluss mit der Inter-/Trans- und Multidisziplinarität der Friedens- und Konfliktforschung und bemängelte, dass trotz eines häufig reproduzierten entsprechenden Selbstverständnisses, Forschende oft zu einer Monodisziplinarität zurückkehrten. Hieran anknüpfend plädierte Tim Bausch (Friedrich-Schiller-Universität Jena) für mehr Mut zur Interdisziplinarität unter jungen Forschenden sowie mehr Anerkennung dieser durch Lehrende, Bewertende und Betreuende.

In Bezug auf die Anwendungsorientierung der Friedens- und Konfliktforschung diskutierten die Podiumsteilnehmenden über die politische Aktivität der Friedens- und Konfliktforschenden in der Vergangenheit und Gegenwart. Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach (Justus-Liebig-Universität Gießen) bemerkte, Forschende seien heute weniger im Rahmen von Bewegungen und Aktionsgruppen aktiv, wobei in der Vergangenheit gerade die Friedensbewegung Trägerin der Friedensforschung gewesen sei. Das Problem, so Birckenbach, läge in der Differenzierung und Ausweitung des Felds, durch die es heute schwieriger für Bewegungen sei, Anschluss an die Friedensforschung zu finden. Dem stellte Bausch die zunehmende Politisierung der jungen Friedens- und Konfliktforschung gegenüber und stellte die grundlegende Frage, wie politisch die Friedens- und Konfliktforschung überhaupt sein dürfe. Zudem stellte er die Diskrepanz zwischen zunehmend politisierten Studierenden und zugleich verstärkt depolitisierten Seminaren zur Debatte und wies auf neue Protestformen mittels sozialer Medien hin, in Ablöse des Protests auf der Straße.

In der Abschlussrunde befassten sich die Teilnehmenden mit der Frage, was die Friedensforschung und auch die AFK in der Zukunft benötigen werden. Hierzu betonte Birckenbach, die Friedensforschung müsse wieder politischer werden und sich ihrer Rolle und ihres Profils bewusst sein. Dabei sei die Frage leitend, welche Relevanz das eigene Tun und Forschen für die Friedensstiftung habe. Brunner widmete sich der Widerständigkeit im Inneren und forderte mehr Auseinandersetzung und Streit unter den AFK-Mitgliedern sowie Kommunikation auch außerhalb des Kolloquiums. Es seien die kontroversen Debatten, die die Friedensforschung und die AFK in der Zukunft verstärkt bräuchten. Kemper regte dazu an, die Außenwahrnehmung der AFK, die sie als weiß, non-queer, politikwissenschaftlich und nach außen hin abgeschlossen charakterisierte, stets aufs Neue zu hinterfragen und nach einer ~~diversen~~ Außenwahrnehmung zu streben. Bausch plädierte für die Einrichtung von Bachelor-Studiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung und betonte außerdem die Notwendigkeit, nicht nur Konflikte in der Ferne, sondern auch im Inland zu beforschen. Zudem kritisierte er die Einteilung in junge und alte Forschende, durch die die jungen Forschenden zu alleinigen Hoffnungsträger*innen gemacht würden, statt in gemeinsamer Anstrengung Visionen zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen. In der anschließenden Diskussion wurde von den Anwesenden u.a. der Wunsch nach einer stärkeren politischen Aktivität der AFK bestätigt.

Interaktiver Vortrag: Rassismus in der Friedens- und Konfliktforschung?! Eine (selbst-)kritische Reflexion der eigenen Forschungspraxis

Um Friedens- und Konfliktforscher*innen zu einer Selbstreflexion zum Thema Rassismus in der eigenen Forschungspraxis anzuleiten, referierte Emine Demir von global e.V., einem Berliner Verein für machtkritische Bildungsarbeit und Beratung. Moderiert von Lisa Bogerts (Goethe-Universität Frankfurt a. M.) diskutierten die ca. 25 Teilnehmenden interaktiv anhand von

mehreren Leitfragen der Referentin. Die vorwiegend weiß geprägte deutsche Friedens- und Konfliktforschung müsse sich mit Rassismus nicht nur hinsichtlich seiner Erscheinungsformen in Forschungsgegenständen (wie etwa rechten Bewegungen) beschäftigen, sondern auch hinsichtlich der eigenen Rolle. Jenseits eines auf körperliche Gewalt fokussierten Rassismus-Begriffs führte Demir zunächst ein breiteres Verständnis ein, das auch unintendierte und unbewusste Handlungen und Haltungen mit einschließt. Daher können auch Forschende, die Rassismus ablehnen und kritisieren, selbst ungewollt rassistisch sein oder rassistische Diskurse oder Praktiken reproduzieren. Kategorien wie „Weiß“ und „Schwarz“ oder „People of Color“ (PoC) sind dabei als politische Konstruktionen zu verstehen, die sich nicht auf die „Hautfarbe“ beschränken, sondern die unterschiedlichen Erfahrungen mit Privilegien, Dominanz und Diskriminierung in einer weißen Mehrheitsgesellschaft wie Deutschland verdeutlichen. Wissenschaftler*innen, die zu Nord-Süd-Beziehungen forschen, übernahmen oft kolonial geprägte Begriffe und Konzepte. So gehe z.B. die Entwicklungsforschung oft von einem westlichen Modernitätsnarrativ aus, an dem sich „unterwickelte“ Regionen und Menschen unangezweifelt zu orientieren hätten. Auch in der „Feldforschung“ im Globalen Süden sollten Forschende aus dem Norden die bestehenden Machtasymmetrien reflektieren und die Expertise aus dem Süden als solche sichtbar machen. Als konkrete Quellen für Materialien für eine rassismuskritische Selbstreflexion empfahl Demir den Blog „mangoes and bullets“ (<http://www.mangoes-and-bullets.org/>) sowie etwa in Bezug auf eigene Auslandsaufenthalte die Broschüre „Mit kolonialen Grüßen“ (<http://www.glokal.org/publikationen/mit-kolonialen-gruessen/>). Schließlich wurden konkrete Möglichkeiten der Sensibilisierung, der Sichtbarmachung und des power-sharing in Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung besprochen. So können Forschende etwa das Thema Rassismus stärker in universitären Curricula implementieren. Stellenbesetzungen sollten die gesellschaftliche Diversität repräsentieren und die Perspektiven und Gestaltungsmacht von People of Color nicht weiter marginalisieren. Die Diskussion unter den Forschenden zeigte, dass die Teilnehmenden häufiger auf den Rassismus von politischen Institutionen oder durch Rechtsnormen verwiesen, anstatt tatsächlich ihre eigene Rolle und Forschungspraxis zu hinterfragen. Dass ein breites, selbstkritisches Rassismusverständnis wiederholt angezweifelt wurde zeigt, dass eine aktive Auseinandersetzung in der Friedens- und Konfliktforschung unbedingt notwendig ist.

Panel 1: Peacebuilding in Crisis - Exploring the Possibilities of (Practitioners') Training to improve Peacebuilding Practice

Basierend auf der Wahrnehmung, dass Peacebuilding häufig, mitunter aufgrund von Re-Eskalationen trotz langjähriger Operationen, als „in einer Krise“ definiert wird, widmeten sich die Panelist*innen zunächst dieser Krisendiagnose und diskutierten im Anschluss das *Wie* von Peacebuilding in einer interaktiven Paneldiskussion.

Dr. Volker Jacoby (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze) betonte, dass das zentrale Problem nicht in zu wenig Wissen läge, sondern eher in einem zu wenig auf Kompetenzen orientiertes Lernen. Zugleich wies er darauf hin, dass das Nicht-Kennen der alternativen Wirklichkeit ohne Peacebuilding Operations eine definitive Krisenfeststellung nicht zulasse. Andra Tanase (Peace Action Training and Research Institute of Romania) analysierte zunächst den Begriff der Krise und kritisierte, dass trotz der Krisenfeststellung zu wenig Aufmerksamkeit den Eigenschaften dieser Krise gewidmet werde. Des Weiteren unterstrich sie, dass Frustrationen Teil des natürlichen Prozesses seien und warb deshalb für Geduld. Der dritte Panelist, Dr. David Curran (Coventry University, Großbritannien), widmete sich der Eingangsfrage, in dem er drei Arten von Krisen in UN-Narrativen definierte: funktionale Krisen (Ausstattungsprobleme etc.), nicht-intendierte Krisen (z.B. der Ausbruch von Krankheiten in Katastrophengebieten) und Krisen aus einer theoretischen Perspektive (z.B. Welche Rolle spielen Peacekeeping Operations im internationalen System?). Basierend auf seiner Forschung zu UN Peacekeeping Operations hielt er fest, dass das sich wiederholende Narrativ der Krise suggeriere, dass die Krise hier zur Konstanten werde.

Der zweiten Frage näherten sich die Panelist*innen über die Konkretisierung durch die Moderatorin Svenja Wolters (Philipps-Universität Marburg) durch die Fragen, ob jede Person aktiv in Peacebuilding Operationen mitwirken könne und welche Kompetenzen hierzu notwendig seien. Dr. Volker Jacoby betonte, es sei eine Frage der Einstellung sowie verschiedener Kompetenzen wie Selbst-Reflexivität, Sensibilität u.a. in sozialen Interaktionen, fachspezifisches Wissen und methodologische Fähigkeiten, die die Eignung für Peacekeeping Operations bestimme. Darüber hinaus problematisierte er die Versicherheitlichung der Debatte und des Trainings und wies zugleich darauf hin, dass auch militärisches Personal Verhandlungskompetenzen benötige. Andra Tanase übertrug die Debatte auf weitere Ebenen, in dem sie aufzeigte, dass auch in Kontexten wie Schulen oder Familien Peacebuilding betrieben werde und es somit nicht nur ein Beruf sei. Hinsichtlich des Trainings regte sie an, dass die Trainer*innen bereits Erfahrungen in Peacebuilding Operations in dem spezifischen Kontext vorweisen können sollten. Zudem betonte sie die Notwendigkeit, die eigenen Identitäten im Peacebuilding Kontext zu transzendieren, um Kontakt zueinander auf dem gleichem Level herstellen zu können. Hieran anknüpfend erläuterte Dr. David Curran, dass das Reflektieren und Verstehen des eigenen Hintergrunds und kulturellen Kontexts der Ausgangspunkt eines jeden Engagements in einer Peacebuilding Operation sein sollte.

Panel 2: Frieden und Konflikte erforschen. Ethische und methodologische Überlegungen

Unter der Moderation von Dr. Thomas Nielebock (Eberhard Karls Universität Tübingen) stellte sich das Panel „Frieden und Konflikte erforschen. Ethische und methodologische Überlegungen“ der Herausforderung, qualitativ und normativ gute Forschung zu betreiben, und lotete die Frage

aus: Wie erforscht die Friedens- und Konfliktforschung Konflikte, und wie unterscheiden sich die Forschenden von jenen anderer Disziplinen?

Ausgangspunkt des gemeinsamen Beitrags von Louisa Prause (Freie Universität Berlin), Dr. Nina Engwicht (Universität Koblenz-Landau) und Anne Hennings (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) ist eine Lücke, die die Autorinnen für den deutschsprachigen Raum in Bezug auf die Behandlung ethischer Maßstäbe in der (Methoden-)Lehre und auf die Existenz entsprechender Richtlinien für die Feldforschung konstatierten. Am Beispiel des Umgangs mit (sensiblen) Daten zeigten sie das breite Spektrum an „Herausforderungen ethischer Feldforschung im Kontext von Ressourcenkonflikten“ auf (so der Untertitel des Vortrags), darunter eine mögliche Retraumatisierung durch Interviews, ein potenziell negativer Einfluss auf Prozesse bereits durch die Anwesenheit von Forscher*innen, Fragen der Repräsentation durch die Auswahl von Gesprächspartner*innen, ein erhöhtes Sicherheitsrisiko sowohl für Forscher*innen als auch für Erforschte und ein generelles Macht- und Privilegiengefälle. Hierauf antworteten die Vortragenden mit Verweis auf das Do-no-harm-Prinzip und dessen Umsetzung. Als relevante Aspekte des Prinzips nannten sie u.a. eine freiwillige Teilnahme, Transparenz, Vertraulichkeit, Anonymität und Sicherheit, eine (materielle oder auch ideelle) Renumeration, aber auch der Anspruch, Marginalisierten eine Stimme zu verleihen, und in diesem Zusammenhang auch Überlegungen in Bezug auf eine gezielte Verbreitung der Ergebnisse. Die Autorinnen erläuterten jeweils typische Problemstellungen für den Feldzugang, die Datenerhebung und die Veröffentlichung und zeigten mögliche Umgangsweisen damit auf.

In seinem Beitrag „Neues Werkzeug, alte Widersprüche?“ besprach Philipp Lottholz (University of Birmingham, GB) das Spannungsverhältnis „zwischen wissenschaftlichem Positivismus und dialogischer Wissensproduktion“, in dem sich eine „(p)raxisbasierte, partizipative und aktivistische Friedens- und Konfliktforschung“ bewegt (ebd.). Das Aufgreifen feministischer, de- und postkolonialer Forderungen nach partizipativen Bedingungen in der Wissensproduktion führe zu neuen theoretischen und methodologischen Ansätzen. Diese liefen jedoch Gefahr, kooptiert zu werden, indem eine Instrumentalisierung zur Produktion von bestimmtem Wissen stattfinde; dadurch, so Lottholz, werden Machtbeziehungen innerhalb von Gruppen und Gemeinden verdeckt. In einem nächsten Schritt verwies Lottholz auf den Practice Turn in den Sozialwissenschaften und Internationalen Beziehungen, welcher nicht nur den weitverbreiteten Blick der Forschenden auf das Erforschte herausfordere, sondern mit dem Ziel einhergehe, nicht über Menschen zu forschen, sondern mit ihnen gemeinsam ein Bild zu erstellen. Am Beispiel seines Forschungsprojektes zur Polizeireform in Kirgistan ging der Autor abschließend auf die (alten) Widersprüche ein, die die Arbeit mit dem „neuen Werkzeug“ nach sich zöge, und diskutierte kritisch sowohl Erreichtes als auch weiter und neu auftretende Schwierigkeiten.

Panel 3: Opfer in Transitional Justice. Der Beitrag der Forschung zur (De)Konstruktion bekannter Kategorien

Nach kurzer Begrüßung und Vorstellung begann das Panel unter der Moderation von Dr. Anne Menzel (Philipps-Universität Marburg) mit den Vorträgen der drei Beitragenden, Ulrika Mientus (Philipps-Universität Marburg), Philipp Schultheiss (Philipps-Universität Marburg) und Bettina Benzing (Universidad del Rosario, Bogotá, Kolumbien). Ulrika Mientus Papier basierte auf ihrer laufenden Promotionsforschung zu der Situation der NS-Zwangssterilisierten und „Euthanasie“-Geschädigten in der westdeutschen Nachkriegszeit. Sie beschrieb deren Ringen um Anerkennung, welches sie vor allem auf Basis von Gerichtsakten untersucht. Besonders betonte sie, dass die Betroffenen in diesem Ringen nicht in Frage stellten, dass es so etwas wie „minderwertiges“ oder gar „lebensunwertes“ Leben tatsächlich gebe. Vielmehr ginge es ihnen darum, zu beweisen, dass diese Kategorisierungen auf sie selbst nicht zuträfen.

Auch Philipp Schultheiss sprach über sein laufendes Promotionsprojekt zu ehemaligen Soldat*innen der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Objekt und Subjekt der DDR-Aufarbeitung. In seinem Vortrag rückte er besonders die in Interviews geäußerten Selbstdarstellungen ehemaliger NVA-Angehöriger in den Fokus. Er verknüpfte diese Perspektiven mit aktuellen Debatten in der Transitional Justice Forschung, welche die Attraktivität des Opferstatus thematisieren und problematisieren. Er beschrieb, auch viele ehemalige NVA-Angehörige wollten als Opfer verstanden werden: und zwar als Opfer der DDR-Aufarbeitung, die von vielen als Abqualifizierung ihrer soldatischen Vergangenheit erlebt werde. Durch diese Selbstdarstellung versuchten sie, so Schultheiss, als das moralisch im Recht stehende Opfer die eigene Macht im Diskurs zu vergrößern.

Bettina Benzings Vortrag basierte auf aktuellen Eindrücken zu dem Friedensprozess in Kolumbien, wo sie mittlerweile dauerhaft lebt und wissenschaftlich arbeitet. Ihr Beitrag problematisierte die gängige Einteilung in Opfer und Täter*innen in Transitional Justice Prozessen und warb dafür, diese Einteilung um die Kategorie nicht-anerkannter Opfer zu erweitern. Denn ohne diese zusätzliche Kategorie würden weite Teile der Bevölkerung aus Transitional Justice Prozessen ausgeschlossen. Diejenigen, die sich ungerechterweise als Opfer verkannt fühlten, lehnten solche Prozesse dann tendenziell ab, so Benzing. Dies sei aktuell in Kolumbien sehr anschaulich zu beobachten, wo sehr viel mehr Menschen als nur die offiziell anerkannten Opfer nach Anerkennung ihrer leidvollen Erfahrungen verlangen.

In der Diskussion wurden zunächst inhaltliche Nachfragen gestellt. An Philipp Schultheiss ging beispielsweise die Frage, ob sich denn alle ehemaligen NVA-Angehörigen als Opfer verstünden. Schultheiss erläuterte, dass insbesondere diejenigen, die nach der Wende weiter in der Bundeswehr Dienst taten, oft eher mit ihrer Situation zufrieden seien und sich nicht als Opfer verstünden. Bettina Benzing wurde gefragt, nach welcher Art von Anerkennung die verkannten

Opfer bzw. diejenigen, die nicht in offiziell anerkannte Opferkategorien passten, denn streben würden. Ihnen gehe es um die Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen und gehört zu werden. Zu dem Publikum des Panels gehörten auch einige der Praktiker*innen, die zuvor an der Paneldiskussion zum Auftakt des AKF-Kolloquiums teilgenommen hatten. Von ihrer Seite kamen auch Fragen, die in wissenschaftlichen Diskussionen sonst eher selten sind. Unter anderem wurden die Vortragenden gefragt, was sie denn persönlich motiviere, gerade diese Fragen zu stellen und diese Themen zu untersuchen. Mit Blick auf ihre Forschung antwortete beispielsweise Ulrika Mientus, dass Vorstellungen von „minderwertigem“ oder gar „lebensunwertem“ Leben heute keinesfalls verschwunden seien, sondern in vielen Kontexten weiterhin eine zentrale Rolle spielten. Ihr gehe es darum, aufzuzeigen, wie solche Vorstellungen bestehen blieben und reproduziert würden.

Panel 4: Studying Microdynamics in Civil Wars

Unter der Panelleitung von Ass.-Prof. Dr. Roos van der Haer (University of Leiden, Niederlande) gingen Laura Peitz (Hertie School of Governance, Berlin) & Gregor Reisch (Freie Universität Berlin) der Frage nach, ob UN Friedenssicherungseinsätze vertikale und/oder horizontale (de)eskalierende Folgen für Konflikte haben. Hierzu untersuchten Peitz und Reisch sechs Provinzen in der Demokratischen Republik Kongo, in denen häufig Gewalt ausbricht und die meisten Peacekeepers stationiert sind. Nachdem sie ihr methodisches Vorgehen erläuterten, kamen sie zu der Schlussfolgerung, dass sowohl die Anwesenheit einer Friedenssicherungstruppe als auch eine höhere Intensität der Projektionskapazitäten der Streitkräfte („force projection capabilities“) zu einer vertikalen Deeskalierung beitragen und damit die Konfliktintensität in einem bestimmten Raum abnimmt. Zugleich zeigten sie auf, dass trotz der vertikalen Deeskalation die Anwesenheit einer Friedenssicherungstruppe zu einer horizontalen Eskalation von Gewalt beiträgt. Somit vergrößert sich durch die Anwesenheit das Konfliktgebiet.

Larika Waldmann (Universität Jaume I, Spanien) verfolgte im Folgenden in einer vergleichenden Analyse die Frage, welche endogenen Faktoren den unterschiedlichen Ausgang von Bewegungen gewaltfreien Widerstands in Kolumbien erklären können. Dafür verglich sie die Landarbeiter*innen-Organisation Asociación de Trabajadores Campesinos del Carare (ATCC) mit der Guardia Indígena in Toribío. Nachdem sie drei Modelle vorgestellt hatte („1. Identity-based model of displacement, 2. Resilience-based model of displacement, 3. Leadership-based model of displacement“), kam Waldmann zu dem Ergebnis, dass eine starke kollektive Identität sich positiv auf die Beständigkeit von gewaltfreiem Widerstand auswirkt. Sie schloss mit der Feststellung, dass es keine einfachen und schnellen Lösungen für die Vertreibung von Menschen geben könne, da dies ein zu komplexes Problem sei, dass langfristige Ansätze benötige.

Jakob Landwehr (TU Chemnitz) beschäftigte sich mit den Fragen, ob humanitäre militärische Interventionen erfolgreich sind und wie dieser Erfolg gemessen werden kann. Basierend auf einer Studie von Dembinski und Gromes (2016b/2017) diskutierte er die Kriterien, die die Autoren für „Erfolg“ einer Intervention definiert haben und überprüfte im Anschluss, ob diese Kriterien tatsächlich unabhängige Variablen sind oder aber einander beeinflussen. Dabei stellte er heraus, dass die Variablen „end of violence within one year“ und „relapse within five years of intervention“ miteinander korrelieren. Somit, so unterstrich Landwehr, sei weitere Forschung hinsichtlich der Erfolgskriterien und deren Zusammenhänge notwendig. Hierbei sollten die Kriterien miteinander in Clustern in Beziehung gesetzt und ausdifferenziert werden. Zudem sollten unterschiedliche Level von Erfolg definiert werden.

Die Beiträge, die in diesem Panel präsentiert wurden, werden in einem Sonderband der ZeFKo unter dem Titel „Studying Microdynamics in Civil Wars“ Ende 2018 erscheinen.

Panel 5: Die fünf Prinzipien der Friedensarbeit? „Friedenslogik“ zur Diskussion gestellt

Christiane Lammers (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Fern-Universität Hagen) eröffnete das Panel als Moderatorin mit einem Rückblick auf die Entstehung und Verbreitung des Begriffs der „Friedenslogik“. Nachdem der Begriff seit 2010 vermehrt verwendet worden war, so Lammers, und eine identitätsstiftende Funktion zeigte, wurde die Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2012 genutzt, um im Vorfeld Wissenschaftler*innen aufzufordern, sich mit dem Terminus auseinanderzusetzen und die Ergebnisse zu präsentieren.

Hier setzte Prof. Dr. Hanne Margret Birckenbach (Justus-Liebig-Universität Gießen) mit ihrem Vortrag an. Sie beschrieb zunächst, wie der Begriff der „Friedenslogik“ in Abgrenzung zum Terminus „Sicherheitslogik“ entstanden sei. Mit ihm sei es möglich gewesen, der Auffassung entgegenzutreten, dass der Begriff „Frieden“ in „Sicherheit“ aufgehe. In der Folge erläuterte Birckenbach ihr Konzept von Friedenslogik, welches fünf Prinzipien umfasst: Gewaltprävention und Gewaltabbau, Konfliktanalyse unter Einbeziehung eigener Verantwortung, Deeskalation und Konfliktbearbeitung, eine werteorientierte Überprüfung eigener Interessen und ggf. deren Korrektur und Modifikation, die Einräumung von Problemen bzw. Fehlern verbunden mit der Suche nach gewaltfreien Alternativen. Birckenbach charakterisierte Friedenslogik als Methode, die geeignet sei, zu untersuchen, wie Frieden gefördert werden könne. Abschließend widmete sie sich der Frage, was das Handeln nach den Prinzipien der Friedenslogik in der Praxis bewirken könne, und unterstrich, dass sich um den Begriff Friedenslogik ein gelungener dialogischer Prozess zwischen Praxis und Theorie entwickelt habe.

Dr. Christine Schweitzer (Bund für soziale Verteidigung) diskutierte im Anschluss das Konzept „Friedenslogik“ aus Sicht der Zivilgesellschaft. Als Vorteil des Konzepts betrachtete Schweitzer, dass es Parameter bereitstelle, anhand derer Mainstreamdenken kritisiert werden könne. Gleichzeitig stellte sie die i. E. universalistischen Prinzipien der Friedens- den partikularen der

Sicherheitslogik gegenüber, indem sie danach fragte, ob Gewalt als einziges Problem bestehe oder auch Bedrohung/Gefahr und Unsicherheit/Bedürfnis nach Sicherheit als legitime Problembeschreibungen gelten können. Eine Leerstelle in der Friedenslogik sah sie im Fehlen des Parameters „Zeit“ in der Problembearbeitung. In Bezug auf das Ergebnis sah sie den Unterschied zwischen Sicherheits- und Friedenslogik in deren Kurz- bzw. Langfristigkeit. Darüber hinaus thematisierte Schweitzer, dass auch die Zivilgesellschaft kein machtfreier Raum sei, dass Geldgeber und öffentliche Resonanz für prekäre CSOs sehr wichtig seien – das Eingeständnis des Scheiterns eines Projekts bedeute nicht zuletzt das Ende von Finanzierung. Abschließend betonte Schweitzer, dass sie den Hauptwert im universellen Zuschnitt der Friedenslogik sehe.

Prof. Dr. Hartwig Hummel (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) sah in der Orientierung an einer Friedenslogik ein Potenzial für eine friedlichere Außen- und Sicherheitspolitik von Demokratien. Im Unterschied hierzu basiere Sicherheitslogik auf einer unterstellten Schutzverpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürger*innen, und nur diesen. Gleichzeitig kenne die Versicherung der Politik keine Grenzen. Die Friedenslogik hingegen sei nicht auf den Staat gerichtet, sondern folge der Prämisse, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen beachtet werden müssen. Anschließend nutzte Hummel Sicherheits- und Friedenslogik zur kritischen Analyse der Zuschreibung „Zivil-“ bzw. „Militärmacht“ und stellte infrage, inwiefern Deutschland in der Gegenwart noch als Zivilmacht betrachtet werden könne. Er fragte danach, wie eine Friedenslogische Sicherheitspolitik aussehen könnte, und nannte im Zuge dessen Neuseeland, Irland und Österreich als Länder, die sich für die Ächtung von Nuklearwaffen einsetzen; dies würde er sich auch für Deutschland wünschen. Zudem argumentierte Hummel, dass Vermenschenrechtlichung und humanitäre Initiativen erfolgreiche Gegenkonzepte der Versicherung darstellten. Humanitäre Initiativen, die beispielsweise über die Gefahren von Nuklearwaffen aufklären, seien gelebte Friedenslogik.

Panel 6: Kritische Perspektiven auf den "Oxfam-Fall": Skandal, Normalität, ausbeuterisches System – oder was? Ein klärendes Gespräch im Fishbowl-Format

Als Ausgangspunkt für das Panel, das von Dr. Anne Menzel und Dr. Werner Distler (beide Philipps-Universität Marburg) organisiert und moderiert wurde, diente die einleitend von den Moderator*innen vorgestellte Beobachtung, dass wohl die allermeisten Friedens- und Konfliktforscher*innen „kritische“ Forschung betreiben würden – zumindest würde wohl niemand von sich selbst sagen, dass sie/er explizit „unkritisch“ forscht. Zugleich würden unter „kritischer“ Forschung ganz unterschiedliche Perspektiven und Vorgehensweisen verstanden, ohne dass ein Austausch zwischen verschiedenen „Schulen“ bzw. zwischen den Vertreter*innen unterschiedlicher Perspektiven stattfinde. Am konkreten Beispiel der Frage, wie sich der „Oxfam-Fall“ (sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in Haiti durch Angestellte der

internationalen humanitären NGO Oxfam) kritisch untersuchen lässt, sollte das Panel einen solchen Austausch anstoßen und anregen.

Im Fishbowl-Format haben alle Teilnehmer*innen – sowohl zuvor angefragte Vortragende als auch das Publikum – die Möglichkeit, Beiträge vorzutragen und sich aktiv einzubringen. Die Moderator*innen hatten zu diesem Zweck vier Plätze im vorderen Bereich des Raums quasi als „Bühne“ für die Beitragenden reserviert. Hier nahmen zunächst Dr. Franziska Müller (Universität Kassel) und Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Philipps-Universität Marburg) Platz, die als Vertreter*innen unterschiedlicher Perspektiven Stellungnahmen vorbereitet hatten. Die anderen Plätze – und auch die Plätze von Franziska Müller und Thorsten Bonacker – wurden im weiteren Verlauf der Veranstaltung von Beitragenden aus dem Publikum besetzt, die eigene Perspektiven, Anregungen und Fragen vortrugen.

Zur Einstimmung und um eine gemeinsame Grundlage zum Oxfam-Fall zu schaffen, zeigten die Moderator*innen eingangs ein Video, in dem die Oxfam-Exekutivdirektorin Winnie Byanyima eine Entschuldigung für das Verhalten einiger Oxfam-Mitarbeiter ausspricht und um Vertrauen wirbt: [„How we are working to rebuild your trust“](#),

Im Anschluss an die Videovorführung folgten die Stellungnahmen von Franziska Müller und Thorsten Bonacker. Müller war als Vertreterin einer postkolonialen Perspektive eingeladen und stellte entsprechend ihren kritischen Zugang zum Oxfam-Fall vor. Sie betonte, dass postkoloniale Perspektiven sich durch einen machtanalytischen Blick auszeichneten, der koloniale Vergangenheit und neokoloniale Gegenwart reflektiere und intersektional bearbeite. Im Oxfam-Fall – und in Konzepten und Praxen der humanitären Hilfe im allgemeinen – gehe es um ein Machtnetz, innerhalb dessen „Hilfs“-Praxen, materielle Abhängigkeit sowie genderspezifische und rassialisierte Beziehungen miteinander verwoben seien. Dieses Netz gelte es zu analysieren, beispielsweise indem Relativierungen, Verteidigungen und Rechtfertigungen für ausbeuterisches Verhalten in den Blick genommen würden, die auch in Entschuldigungen für Fehlverhalten und in den gezogenen organisationalen Konsequenzen enthalten seien. Konkret besprach sie dann den „white saviour complex“.

Thorsten Bonacker legte im Anschluss eine sozialkonstruktivistische Perspektive dar, die, wie er hervorhob, durchaus Gemeinsamkeiten mit der von Müller dargelegten Perspektive aufweise. Auch aus sozialkonstruktivistischer Perspektive gehe es darum, die Aussagen und Handlungen der Akteure nicht einfach für bare Münze zu nehmen. Stattdessen würden sie in dem Sinne kritisch hinterfragt, dass sie analytisch beobachtet, auf Implikationen und Folgen befragt und in Beziehung zur Gesellschaft gesetzt werden. Die sozialkonstruktivistische Perspektive wolle dabei nicht moralisch verurteilen, sondern soziologisch aufklären. Mit Blick auf den Oxfam-Fall wäre dann nicht zu untersuchen, ob beispielsweise die Reaktionen auf den Skandal „richtig“ oder „falsch“ waren, sondern wie diese Bewertungen von Oxfam selbst eingesetzt werden. Hier zeige sich, dass moralische Argumentationen kaum überzeugen können und eher dazu führen,

dass die Akteure sich noch tiefer in Skandale verstricken. Denn Oxfam bewege sich nun einmal in einer Welt, deren Logiken auch humanitäre Organisationen zu unmoralischem Verhalten drängen. Beispielsweise dazu, ausbeuterisches Verhalten zu rechtfertigen und ~~zu~~ entschuldigen, um weiter Gebergelder zu erhalten.

Im Anschluss folgte eine rege Diskussion, an der sich viele aus dem Publikum beteiligten. Nicht alle stellten dabei eigene kritische Perspektiven vor. Es gab auch skeptische oder beipflichtende Beiträge zu den beiden Stellungnahmen sowie Fragen, Anmerkungen und Erfahrungsberichte zu den Herausforderungen humanitärer Organisationen. Viele Teilnehmer*innen lobten abschließend das interaktive Format der Sitzung.

Panel 7: Transrationale Friedensphilosophie

Ausgehend von den vier Friedensfamilien – dem energetischen, dem moralischen, dem modernen und dem postmodernem Frieden – stand in diesem von Prof. Dr. Wolfgang Dietrich (Universität Innsbruck, Österreich) moderierten Panel eine fünfte Friedensfamilie im Fokus: der transrationale Frieden. Zentral stand dabei die These, dass Forschende, Research Participants und Forschungsgegenstand in einem relationalen Verhältnis zueinander stehen und nicht strikt voneinander getrennt werden können. Des Weiteren könne nicht von dem einen Frieden gesprochen werden, und solle Friedensarbeit eine Balance zwischen den Familien und den Dimensionen Sicherheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Harmonie anstreben.

Vor diesem Hintergrund stellte Dr. Norbert Koppensteiner (Universität Innsbruck, Österreich) seine Überlegungen zu der Frage dar, wie die transrationale Friedensphilosophie in die wissenschaftliche Forschung übersetzt werden könne und diskutierte, welche Auswirkung dieser Wandel für den/die Forscher*in habe. Grundlegend war auch hier die Annahme, dass die Frieden relational und subjektiv, also abhängig von der menschlichen Wahrnehmung seien. Somit komme der Einbeziehung des/der Forschenden auch als Ressource auf Basis von u.a. körperlichen und kognitiven Elementen in den Forschungsprozess große Bedeutung zu. Forschende, als menschliche Wesen, die in der Interaktion entstehen und sich ständig verändern, seien damit nicht objektiv und auch nicht nur Quelle zu reflektierender *biases*. Stattdessen seien sie wertvolle Quelle für den Forschungsprozess. Die persönliche Involviertheit des/der Forschenden müsse damit auf Basis einer adäquaten Selbstwahrnehmung zentral gesetzt werden. Hiermit bricht Koppensteiner mit dem Tabu, das gegen die persönliche Involviertheit in die Forschung besteht, und betont, dass diese überhaupt erst die Erkenntnis ermöglicht.

Aufbauend auf dem Ziel der elizitiven Konflikttransformation, eine Balance zwischen den vier bzw. fünf Friedensfamilien herzustellen, erarbeitete Adham Hamed (Universität Innsbruck, Österreich) im Anschluss eine Verbindung zwischen dem „four factor model“ und dem transrationalen Model. Das „four factor model“ betrachtet die Faktoren „it“, „I“, „we“ und „globe“.

Hamed stellte fest, dass obwohl ein weitverbreiteter Konsens über die ersten drei Faktoren bestünde, die Bedeutung von „globe“ zur Diskussion stehe. Die Diskussion der folgenden Modelle, Familien und Dimensionen war von der transrationalen Perspektive geprägt.

Rebecca Gulowski und Nathalie Gehringer (beide Universität Augsburg) bearbeiteten in ihrem anwendungsbezogenen Beitrag die Umsetzung der vorhergegangenen theoretischen Überlegungen in die Forschungspraxis. Dafür stellten sie ein aktuelles Forschungsprojekt vor, in dem sie offene, unstrukturierte Interviews mit Männern und Frauen führen, die passive oder aktive Gewalterfahrungen gemacht haben und nun ein Beratungsangebot in Anspruch nehmen. Zentral im Interview-Setting sei hier die von Koppensteiner unterstrichene Perspektive der Forschenden als *source* und *resource*, wobei anerkannt werde, dass die Gesprächsinhalte an eigene Gewalterfahrungen erinnern können sowie eigene Emotionen zugelassen werden. Die Vulnerabilität der Forschenden und der Gesprächspartner*innen werde folglich als *conditio humana* anerkannt. Eine Konsequenz dieses Interviewsettings sei das Auflösen des Täter*in-Opfer Dualismus sowie der Pathologisierung und Dehumanisierung von Gewalt.

Panel 8: Brüche und Kontinuitäten im Forschungsfeld. Notwendige historische Dimensionen und Interventionen in der Friedens- und Konfliktforschung

Unter der Moderation von Dr. Susanne Schregel (Universität Köln), referierten Prof. em. Dr. Jost Dülffer (Universität Köln) und Dr. Claudia Kemper (Justus-Liebig-Universität Gießen) über historische Dimensionen der Friedens und Konfliktforschung sowie die Relevanz der Interdisziplinarität in diesem Forschungsfeld.

Zunächst gewährte Dr. Claudia Kemper aus wissenschaftshistorischer Sicht den Podiumsteilnehmer*innen Einblicke, inwieweit sich der Begriff "Friedens- und Konfliktforschung" aus den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen im zeitgenössischen Kontext etabliert habe. Mit dem Grundgedanken, mit handlungsorientierten Lösungsansätzen internationale Konflikte zu bearbeiten, habe sich ein anerkanntes und selbständiges Forschungsfeld entwickeln können, das ab Ende der 1960 Jahre institutionalisiert wurde. Kemper machte dabei darauf aufmerksam, dass es zunächst ein hauptsächlich westlich geprägtes Forschungsfeld gewesen sei, welches sich mit Fragen im Kontext der Sicherheit beschäftigte. Die historische Friedensforschung musste sich, so Kemper, zunächst von der Militärgeschichte abgrenzen. Der Kriegsbegriff sei allzu lange als Komplementärbegriff genutzt worden und "strukturelle Gewalt" mit als ein Interpretationsmittel verwendet worden. Mit der Frage "Was ist legitime Gewalt und wie gehen wir damit um?" regte sie zur anschließenden Diskussion an.

Prof. em. Dr. Jost Dülffer stellte zunächst die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) als interdisziplinäre Forschungsinstitution vor, die sich als beratend, politiknah und interdisziplinär verstehe. Dülffer erläuterte zunächst die Gründung der

FEST und die Anfänge der historischen Friedensforschung aus der Sicht der Institution. Im Rahmen des Themenbereichs „Frieden und nachhaltige Entwicklung“ beschäftigt sich FEST mit nachhaltiger Entwicklungsforschung und mit der Frage, welchen Beitrag die ökumenische Gemeinschaft hierzu leisten könne.

Zum Abschluss wies Dr. Susanne Schregel die Podiumsteilnehmer*innen auf die Relevanz und den Anspruch auf Interdisziplinarität in der Geschichtswissenschaft, aber auch auf ihre Grenzen hin. Im Folgenden ging sie auf die Begriffsgeschichte der Interdisziplinarität als Ansatz in verschiedenen Forschungsfeldern ein. „Internationales Arbeiten in der Friedens- und Konfliktforschung und Interdisziplinarität werden heute zusammen wahrgenommen und mehr und mehr integriert“, so die abschließenden Worte von Schregel.

Panel 9: Zwischen akademischem Anspruch und Praxisorientierung: Wissenstransfer und Transferwissen in den Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung

In dieser von Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Philipps-Universität Marburg) und Prof. Dr. Solveig Richter (Universität Erfurt) moderierten Fishbowl-Diskussion ging es darum, ob und wie Kompetenzen, die mit Politikberatung und Wissenschaftskommunikation verbunden sind, in den Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung vermittelt werden, und ob eine stärkere Praxisorientierung wünschenswert und machbar ist. Nach den thematischen Inputs den Studiengangsleiter*innen Prof. Dr. Tanja Brühl (Goethe-Universität Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück) und Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg), der Erziehungswissenschaftlerin Daniela Pastoors (Philipps-Universität Marburg) sowie der Leiterin eines praxisorientierten Postgraduiertengrogramms, Dr. Regine Mehl (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn), beteiligten sich viele der über 30 Teilnehmenden aktiv an der Diskussion.

Einer der diskutierten Punkte war die scheinbare Dichotomie von Wissenschaft und Praxis. Einige der Teilnehmenden sahen etwa den scheinbaren Gegensatz zwischen Forschungs- und Praxisorientierung eines Studiengangs nicht so gegensätzlich, wie oft in Akkreditierungsverfahren dargestellt/verlangt, da beides miteinander verzahnt sei (z.B. Forschung über Praxis, die eigene Forschung als Praxis, Praxisseminare). Dennoch seien Lehrinhalte und Praxiserfahrungen der Studierenden (etwa durch Praktika, vorherige und Nebenaktivitäten der Studierenden) noch zu wenig miteinander verbunden und es fehle an Reflexionsräumen und Formaten zum Austausch bzw. der Verknüpfung, obwohl zahlreiche bewährte Konzepte aus der Lehrforschung/Hochschuldidaktik dazu bereitstünden (z.B. Service-Learning oder kollegiale Beratung). Gleichzeitig seien die kurze Dauer der meist viersemestrigen Masterstudiengänge und die diversen B.A.-Hintergründe der Studierenden schon für die Vermittlung des fachlichen/theoretischen und methodischen Inhalts eine Herausforderung, so dass zusätzliche Module den Rahmen sprengen und die Anforderungen überfrachten können.

Auch Lehrende könnten etwa durch die Selbstverpflichtung zu regelmäßiger didaktischer Fortbildung bei ihren oft prekären Anstellungsverhältnissen und den gegensätzlichen Ansprüchen von Forschung und Lehre überfrachtet werden. Es wurde auch darauf verwiesen, dass ein Universitätsstudium nicht den Anspruch haben solle, eine Berufsausbildung zu ersetzen oder „Berufsleute zu produzieren“. Der Auseinandersetzung mit grundlegender Literatur und Theorie ermögliche hingegen die Schaffung eines Raums der Auseinandersetzung/Reflexion, des Entdeckens/Lernens und der intellektuellen Entfaltung, für die im Berufsalltag meist weder Zeit und Muße bleibe. In jeder Hinsicht müsse auf die Mündigkeit der Studierenden gesetzt werden, die sich ihre Schwerpunkte selbst setzen können. Auch um diese Möglichkeiten und Unterschiede zu wahren, sei ein diverses Angebot an Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung im deutschsprachigen Raum unerlässlich.

Panel 10: Wandel der Herrschaft – Wandel der Kritik?

Ausgangspunkt dieser interaktiven Podiumsdiskussion, die von Dr. Alke Jenss (Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg) moderiert wurde, war die Betrachtung von Herrschaftskritik in ihren unterschiedlichen Ausprägungen in der Friedens- und Konfliktforschung sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Nachdem Dr. Sabine Jaberg (Hamburg) zunächst einen Abriss über die Geschichte der Herrschaftskritik gegeben und betont hatte, dass Gewalt zur Herrschaftsbeseitigung niemals eine angemessene Form sein könne, plädierte PD Dr. Michael Berndt (Universität Osnabrück) für das Verbinden von Herrschafts- und Gewaltkritik. Zudem, so Berndt, müsse Kritik auch dann formuliert werden, wenn die Lösung noch nicht bereit stünde und sollten Forschende sowohl offene als auch verdeckte Formen der Gewalt sowie deren Reproduktion aufdecken. Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) konstatierte im Anschluss das Verschwinden der offensichtlichen Form der Gewalt in den Analysen der Friedens- und Konfliktforschung, was er am Beispiel des Militärs, das mehrheitlich als Instrument beschrieben werde, festmachte. Das Militär sei jedoch mehr als ein Instrument der Konfliktbearbeitung, in dem es Herrschaft in unterschiedlicher Weise repräsentiere.

Gemeinsam mit dem Plenum diskutierten die Podiumsteilnehmer*innen über die Notwendigkeit, Begriffe wie Herrschaft, Macht und Gewalt wieder mehr Aufmerksamkeit innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung zu widmen. Zuletzt reflektierten die Teilnehmenden in Bezug auf das Rahmenthema des Kolloquiums über die Rolle der AFK und der Friedensforschung und problematisierten das eigene Teil-Sein der Herrschaftsstrukturen. Dabei seien, so Berndt, die Formen von Herrschaft subtiler und offener geworden in dem Versuch, durch diese Offenheit das System zu stabilisieren.

Panel 11: Wie wird man eigentlich „radikal“? Terrorismus, Radikalisierung und der Beitrag der Friedens- und Konfliktforschung

In seinem Vortrag „Die Politik der ‚Radikalisierung‘. Vom Aufstieg eines umstrittenen Narrativs zwischen Terrorismusbekämpfung und Extremismusprävention“ rekonstruierte Dr. Hendrik Hegemann (Universität Osnabrück) das genannte politische Narrativ zunächst bezüglich seiner Bedeutung und Funktion. Als Einbettung politischer Begriffe in breitere Erzählungen erfüllen politische Narrative, so Hegemann unter Verweis auf B. Anderson, die Funktion politischer Legitimation und Herstellung von Handlungsfähigkeit sowie dienen als gemeinschaftsstiftende Erzählung der kollektiven Identitätsbildung. Mit A. Spencer machte er drei zentrale Elemente aus – das Setting, die Charakterisierung (Selbst-/Fremdbeschreibung) und das (kausale) Emplotment. Diese Elemente leiteten die Analyse von 19 Strategiepapieren aus verschiedenen westlichen Demokratien an, die Hegemann im Anschluss vorstellte. Radikalisierung als Bedrohung für die „innere Sicherheit“, Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt liefere das Setting. Die Charakterisierung erfolge durch die Gegenüberstellung einer liberalen Selbstbeschreibung versus eines radikalen (islamistischen) Anderen sowie eines vulnerablen Dazwischen von potenziell in die Radikalität abdriftenden Personengruppen. Für das kausale Emplotment beschrieb Hegemann u.a. einen Prozesscharakter als verbindendes Element. In einem vorläufigen Fazit beschrieb er das Fehlen eines hegemonialen Einheitsnarrativs und fasste Radikalisierung als politisch geprägte Perspektive auf terroristische Gewalt. Abschließend diskutierte Hegemann Konsequenzen aus seinen Ausführungen, die Ablehnung des Radikalisierungsbegriffs oder aber die Notwendigkeit einer Erweiterung desselben.

Hintergrund des Vortrags „Radikalität und Gewalt. Begriffliche Grundlagen für eine kritische Forschungsagenda“ von Dr. Julian Junk (Leibniz-Institut HSFK, Frankfurt/M.) waren HSFK-Forschungsprojekte bspw. zu Salafismus oder Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland. An diesen Projekten zeigte Junk die Ambiguitäten unterschiedlicher Radikalisierungsbegriffe auf, so z.B. dass aus einem eng gefassten Begriff analytische blinde Flecken oder die politische Akzentuierung von bestimmten Gegenmaßnahmen resultierten. Vor diesem Hintergrund schlug er vor, Radikalisierung zu definieren als zunehmende grundlegende Infragestellung der herrschenden Ordnung und/oder Bereitschaft, diese zu bekämpfen. Zu unterscheiden seien drei Grundformen, die Radikalisierung ohne Gewalt mit Fokus auf die Rhetorik, in die Gewalt mit Fokus auf Rhetorik und Handlung sowie in der Gewalt mit Fokus auf Handlung. Hieraus ergäben sich Implikationen für Wissenschaft und Praxis: Forschungsagenden müssten angesichts eines transnationalen Phänomens notwendigerweise international und interdisziplinär ausgestaltet sein, und in der Praxis bspw. ein stärkerer Fokus auf eine tatsächliche Präventionsagenda gelegt werden.

Als Discussant stellte Prof. Dr. Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück) die grundsätzliche Frage, warum sich die Friedens- und Konfliktforschung mit Fragen der Politik, Praxis etc. der Radikalisierung (und De-Radikalisierung) beschäftigen sollte. Für beide Vorträge konstatierte Schneckener als Ausgangslage ein Unbehagen am praktischen Feld der Radikalisierungspolitik

oder der politischen Redeweisen über Radikalisierung – nicht zuletzt angesichts der Gefahr der Versicherheitlichung von Denken und Handlungsweisen, welche für liberale Gesellschaften problematisch sei. Während Hegemann eine Metadiskussion führe, indem ein politisches Narrativ gleichsam freilegt und damit gezeigt werde, wie dieses Funktionen für Politik(betrieb) erfülle, führe das Unbehagen bei Junk zum Versuch einer neuen Konzeptualisierung von Radikalisierung als Angebot an Wissenschaft und Praxis. An beiden Vorträgen kritisierte Schneckener eine fehlende theoretische Rahmung und verband diese Kritik mit zahlreichen Anregungen, wie eine solche aussehen könne, sowie der Aufforderung, die Erkenntnisse anderer Forschungsrichtungen stärker zur Kenntnis zu nehmen – nicht zuletzt, um die eigene Forschung stärker zu konturieren oder auch, um Vereinnahmungen zu vermeiden.

Panel 12: Kritische Reflexion deutschsprachiger Zeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Berthold Meyer (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) eröffnete als Moderator das Panel mit den einleitenden Fragen: „Welche Erwartungen werden an eine Zeitschrift gestellt? Dient sie dazu, wissenschaftliche Publikationen möglichst schnell in Umlauf zu bringen? Sind Zeitschriften in Zeiten der Online-Medien noch von Wert?“

Vor der Prämisse, dass Publikationen die Währung der Wissenschaft seien, betonten Dr. Witold Mucha und Christina Pesch (beide Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) die Relevanz einer wissenschaftlichen Reflexion von Publikationsorganen. Im Zuge dessen stellten sie eine vergleichende Analyse deutscher Fachzeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung vor. Im Mittelpunkt standen vier Zeitschriften, Sicherheit + Frieden (S+F), die Friedens-Warte, die Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) und die Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo). Mucha und Pesch fragten nach der Zusammensetzung der Autor*innen, nach der Fokussierung von Region(en), den behandelten Themen sowie einem normativen Anspruch. Dabei stellten sie fest, dass die Mehrheit der Autor*innen in den genannten Zeitschriften männlich, der akademische Karrierestatus hingegen eher ausgeglichen ist und die Dienstorte zum großen Teil in Deutschland und hier auf Hamburg, Berlin und Frankfurt am Main verteilt sind. Darüber hinaus folge ein Großteil der Artikel nicht dem „local turn“, vielmehr seien häufig die Analysen auf der Staatenebene angesiedelt. Regionale Schwerpunkte, so Mucha und Pesch, seien der Nahe Osten, Deutschland und die EU; hingegen seien trotz hoher Konfliktintensität z.B. Zentralafrika oder der Jemen kaum behandelt worden. Zudem werde negativer Frieden deutlich häufiger thematisiert als positiver Frieden. Insgesamt wiesen die Zeitschriften nur in geringem Ausmaß einen normativen Anspruch auf, so die Panelist*innen.

Dr.ⁱⁿ Viktorija Ratković (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Österreich) stellte sich als Migrationsforscherin die Frage, zu welchen Aussagen die Friedens- und Konfliktforschung über

Flucht und Migration komme. In ihrem Vortrag stellte sie die Ergebnisse ihrer Studie vor, für die sie 330 Beiträge in der Zeitschrift Sicherheit + Frieden (S+F) und in der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo) analysiert hatte. Zunächst verdeutlichte sie, dass Migration in beiden Zeitschriften fast kein Thema sei. Dies, so ihre Erklärung, hänge mit der Verwendung eines engen Gewaltbegriffs zusammen: Das Thema Flucht werde zumeist in Zusammenhang mit körperlicher Gefährdung von Menschen behandelt. Darüber hinaus stellte sie fest, dass Flucht in der Regel als Sicherheitsthema behandelt werde, wobei die Sicherheit der sogenannten Mehrheitsgesellschaft im Mittelpunkt stehe. Hingegen werde ausgeblendet, dass es, konträr zum dominanten Diskurs, allerdings um die Sicherheit von Migrant*innen gehe und um die Gewalt, die von Grenzregimes ausgehe. Ein dritter Befund betraf den Umstand, dass das Thema Migration und Flucht exterritorialisert werde. Im Fokus stünden nicht Migration vor Ort, sondern europäische Migrations- und Grenzregimes. Abschließend äußerte Ratkóvic einige Empfehlungen: Sie regte an, einen breiten Gewaltbegriff anzuwenden und auch geopolitische Zusammenhänge in den Fokus zu rücken. Darüber hinaus plädierte sie dafür, dass die Friedens- und Konfliktforschung sich eine eigene Agenda setzen und nicht nur, wie sie anhand ihrer Studie gezeigt hatte, der Politik folgen solle.

3. Ergebnisse der Tagung

Zur Erreichung der oben genannten Ziele trugen folgende Maßnahmen und Aktivitäten bei:

1. *Synthesierung der aktuellen Wissensbestände, insbesondere hinsichtlich fachdisziplinärer und Generationen übergreifender Verknüpfung:* Der Call for Papers and Panels zum bewusst breit gewählten Rahmenthema „Frieden – Konflikt – Wissenschaft: Reflexionen zu Forschung und Praxis“ sprach eine Vielzahl von Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen an. Es wurden sehr viele Vorschläge für Vorträge und Panels eingereicht, so dass leider auch vielversprechende und originelle Vorschläge abgelehnt werden mussten. Die hohe Anzahl von Einreichungen macht den Bekanntheitsgrad und die Attraktivität der AFK-Tagungen in der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung, auch über fachdisziplinäre, institutionelle und Ländergrenzen hinweg, deutlich.

Bei der Auswahl der Beiträge haben wir gezielt darauf geachtet, eine möglichst große Vielfalt an Fachdisziplinen, theoretischen, empirischen und politisch-praktischen Arbeitsschwerpunkten sowie (akademischen) Generationen unter den Vortragenden sicherzustellen.

Der Call for Papers hob die inter- und multidisziplinäre Zusammenarbeit in der Friedens- und Konfliktforschung hervor. Neben Beiträgen aus der Sozial- und Politikwissenschaft waren Vortragende mit fachlichem Hintergrund in den Bereichen Geschichtswissenschaft, Friedenspädagogik, Kommunikations- und

Literaturwissenschaft, Geographie, Kulturwissenschaft, Philosophie, Psychologie, Philosophie und Rechtswissenschaft vertreten. Feministische, kritische und post-/dekoloniale Perspektiven spielten in den Diskussionen eine wichtige Rolle.

2. *Vernetzung von Friedens- und Konfliktforscher*innen, insbesondere zwischen Nachwuchs- und etablierten Wissenschaftler*innen:* Im Mittelpunkt des 50. Jahreskolloquiums der AFK standen die Synthetisierung und Reflexion der Friedens- und Konfliktforschung aus unterschiedlichen disziplinären, theoretischen und methodischen Perspektiven. Dies ermöglichte die aktive Teilnahme von zahlreichen Kolleg*innen – mit 131 Teilnehmer*innen war die Tagung außerordentlich gut besucht – aus einer Vielzahl von Fachdisziplinen, Statusgruppen und Institutionen. Auch in geographischer Hinsicht war die Beteiligung am Kolloquium groß: Die beteiligten Wissenschaftler*innen kamen aus allen Regionen Deutschlands sowie aus Österreich und der Schweiz, aus Großbritannien, Rumänien, Spanien und Kolumbien.

Nachwuchswissenschaftler*innen waren auch in diesem Jahr mit vielen Beiträgen aus ihren eigenen Forschungen bei der Tagung vertreten, präsentierten ihre Forschungen und vernetzten sich mit anderen Wissenschaftler*innen. Die jährliche Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises stellt ebenfalls einen wichtigen Bestandteil der Nachwuchsförderung der AFK dar. In diesem Jahr erhielt Dr. Philipp Lottholz (University of Birmingham) den Preis für seine Dissertation „Post-liberal state-building in Central Asia: A decolonial perspective on community security practices and imaginaries of social order in Kirgizstan“. David Scheuing (Philipps-Universität Marburg) wurde für seine Masterarbeit zum Thema „The ‚Balkan Route Corridor‘: Actors and Placemaking during the Border Crisis of 2014-2016“ ausgezeichnet.

Der AK junge Wissenschaftler*innen veranstaltete im Vorfeld des AFK-Kolloquiums die Nachwuchstagung „Welches Wissen(-) schafft Praxis?“ vom 11.-12. April 2018 in Berlin. Im Rahmen der Nachwuchstagung wurde ein neues, vierköpfiges Sprecher*innen-Team gewählt, das in der laufenden Amtsperiode (2018-2020) im AFK-Vorstand vertreten ist. Die Nachwuchstagung wurde zeitlich und räumlich an das AFK-Kolloquium gekoppelt, um den Kontakt zwischen jüngeren und etablierten Wissenschaftler*innen gezielt zu fördern. Auch die Themen der „Jungen Tagung“ und des Kolloquiums ergänzten sich optimal.

3. *Förderung des beidseitigen Transfers zwischen Friedens- und Konfliktforschung und friedenspolitischer Praxis:* Das Verhältnis von Friedens- und Konfliktforschung zur entwicklungs- und friedenspolitischen Praxis bildete einen wichtigen Referenzpunkt der Diskussionen im Rahmen des Kolloquiums. Wichtige Programmpunkte hierzu waren die Podiumsdiskussion zum Auftakt der Tagung („Fremd- und Selbsterwartungen an die Friedens- und Konfliktforschung vor dem Hintergrund heutiger Konflikte und

Herausforderungen“) sowie der Workshop „Rassismus in der Friedens- und Konfliktforschung?! Eine (selbst-)kritische Reflexion der eigenen Forschungspraxis“ unter Leitung einer Referentin des Berliner Vereins für machtkritische Bildungsarbeit global e.V.

Auch einzelne Panel (etwa „Zwischen akademischen Anspruch und Praxisorientierung“ und „Die 5 Prinzipien der Friedensarbeit“) widmeten sich explizit der friedenspolitischen Praxis und dem beidseitigen Wissenschaft-Praxis-Transfer.

Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, neben Vertreter*innen von Universitäten, (Fach-)Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten (BICC, GIGA, HSFK) zahlreiche Teilnehmer*innen aus der entwicklungs- und friedenspolitischen Praxis für die Tagung zu gewinnen.

4. Geplante Veröffentlichungen der Tagungsergebnisse / Verwendung für weiterführende Forschungsarbeiten

Ein Tagungsbericht wird in Kürze auf der [Homepage der AFK](#) veröffentlicht. Ein Kurzbericht der Tagung wird in der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ erscheinen.

Die Abstracts der Beiträge und Informationen zu den Referent*innen waren im Vorfeld der Tagung im virtuellen „Paperroom“ auf der AFK-Homepage einsehbar. Kurzlebensläufe und Abstracts stellen wir bei Bedarf gern zur Verfügung.

Alle Vortragenden des AFK-Kolloquiums wurden ermutigt, ihre Beiträge auf der Grundlage der Diskussionen und Kommentare zu überarbeiten und anschließend zur Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung“ (ZeFKo) einzureichen. Durch die Herausgabe der ZeFKo bietet die AFK seit 2011 eine hochwertige und weit sichtbare deutschsprachige Publikationsmöglichkeit für Friedens- und Konfliktforscher*innen. Die Manuskripte werden internationalen Qualitätsstandards entsprechend doppelt anonymisiert begutachtet. Die Fachzeitschrift stellt sicher, dass die Ergebnisse des Kolloquiums einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und weiterführend diskutiert werden können.

Abstract

Vor dem Hintergrund des 50. Jubiläums der AFK und der aktuellen Debatten rund um die Friedens- und Konfliktforschung widmete sich das 50. Jahreskolloquium der AFK der Frage, wie Friedens- und Konfliktforschung wissenschaftlich zum Frieden beitragen kann – ein Anspruch, der im Forschungsfeld häufig formuliert, aber selten hinterfragt, diskutiert und evaluiert wird. Unter dem Titel „Frieden – Konflikt – Wissenschaft. Reflexionen zu Forschung und Praxis“ stellte die Tagung, die in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst stattfand, Verbindungen zwischen der universitären Lehre, der außeruniversitären, entwicklungs- und friedenspolitischen Bildungsarbeit und der politischen Praxis (Friedens-, Entwicklungs-, Außen-

und Sicherheitspolitik) her. In zwölf Panels, zwei Podiumsdiskussionen und einem Workshop diskutierten über 130 Teilnehmende über den Stand der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung und Fragen hinsichtlich des Beitrags der Forschung zum Verständnis aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen sowie zur politischen Entscheidungsfindung. Dabei wurden Konzepte wie Macht, Herrschaft und Gewalt verhandelt, insbesondere auch aus rassismuskritischen, post- und dekolonialen Perspektiven. Neben etablierten Forschenden präsentierten zahlreiche Nachwuchswissenschaftler*innen ihre Arbeit. Die multidisziplinäre wissenschaftliche Debatte wurde durch entwicklungs- und friedenspolitische sowie journalistische Perspektiven bereichert.